

Forum Freie Pädagogik - Ein Leuchtfeuer mit bleibender Strahlkraft

Liebe Gemeinde,

am vorletzten und am letzten Januarwochenende 1990, also genau vor dreißig Jahren, haben mehr als zweitausend an Schule interessierte Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Künstler, Ärzte, Leipziger Bürgerinnen und Bürger, Gäste aus Westdeutschland, Österreich und der Schweiz hier an der Universität in insgesamt vier Hörsälen ein „Feuerwerk der guten Schulideen“ entfacht.

Als **Initiative Freie Pädagogik**, einer kleinen Wohnzimmerinitiative aus der Südvorstadt, hatten wir uns seit wenigen Monaten darauf vorbereitet. Wir kamen zusammen in dem Wunsch, dass Schule anders werden möge: endlich demokratisch, endlich frei, ohne Benachteiligung der Kinder wegen der „falschen“ Eltern oder der „falschen“ Weltanschauung, ohne Militarisierung, ohne Doppelzüngigkeit und ohne Fahnenappell. Der Ruf „Demokratie – jetzt oder nie!“ hallte uns noch von den Montagsdemonstrationen im Ohr. Einige Transparente forderten auch dort schon „Freie Schulen für mündige Bürger“ oder „Unabhängige demokratische neue Schulen“. Auch mein Pappschild mit der Aufschrift „WIR WOLLEN FREIE SCHULEN“ war einige Runden um den Leipziger Ring gelaufen.

Die christlich engagierten „Frauen für den Frieden“, die Arbeitsgruppen Bildungspolitik, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Friedensdienst, Solidarische Kirche und die Basisgruppe Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung hatten schon im April und Oktober 1989 an den Tagungen in der Heilandskirche unter der Überschrift „Schule in Bewegung“ teilgenommen. Die Idee einer evangelischen Schulgründung bekam auch dort schon erste Umrisse durch persönliche Kontakte.

Wir forderten nun im **Forum Freie Pädagogik** ein Ende der Gleichmacherei und des Lernens im Gleichschritt. Uns ging es um die Vielfalt der Ideen und um das Ende des staatlichen Schulmonopols, weil wir uns nicht vorstellen konnten, dass ein noch so schlauer Minister wissen kann, was für alle gut und richtig ist. Aber wir wollten keine Privatschulen! Wir träumten davon, dass ein öffentliches Schulwesen der freien Initiative und dem Mut zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung genügend Raum geben würde. Wir dachten, dass bei einer finanziellen und rechtlichen Gleichstellung der verschiedenen Schulträger auch kein Schulgeld erhoben werden müsste. Der Gedanke an Schulgeld war

uns geradezu unvorstellbar.

Einige von unserer Initiative hatten schon unmittelbar nach der Maueröffnung Schulen im Westen besucht und erlebten dort eine enorme Hilfsbereitschaft. Unsere Partner aus Bochum, Hannover, Bielefeld, Marburg, Köln, Braunschweig, Wetzlar, Westberlin, Dornach (Schweiz) und Hinterbrühl (Österreich) hatten wir in unser Forum eingeladen, um uns Schulen, die ganz anders sind, vorzustellen. Einige brachten zur besseren Anschaulichkeit auch Schülerarbeiten mit. Die langweiligen Korridore im Hörsaalbau waren in Windeseile geradezu zauberhaft verwandelt. Keiner von unseren Referenten bekam ein Honorar oder die Fahrtkosten erstattet. Sie wohnten in unseren unsanierten Behausungen und teilten mit uns die enorme Freude am Aufbruch zur Demokratie. Wir als kleine finanzschwache Initiative hatten übrigens die Räume von der Universität für ziemlich viel Geld gemietet. Auch zwei Erziehungswissenschaftler der Universität beteiligten sich an den Debatten und ließen späte Einsichten durchblicken, indem sie der von Staat und Partei diktierten Uniformität die Schuld an der Bildungskrise gaben.

Nun hörten wir gespannt auf die schulrechtlichen Möglichkeiten, die im bundesdeutschen Grundgesetz und in den westdeutschen Ländergesetzen verankert waren und die nun durch neue Schulgesetze und Landesverfassungen auch im Osten verbessert werden sollten.

Prof. Dr. Johann Peter Vogel aus Westberlin begleitete unsere diesbezüglichen Bemühungen auch noch viele Jahre weiter und veröffentlicht bis in die Gegenwart wichtige bildungspolitische Impulse als Herausgeber der Zeitschrift „Recht & Bildung“.

Das zweite Wochenendforum stellte auch eine Arbeitsgruppe des Neuen Forums mit Dr. Katharina Marlow zur Gründung der Nachbarschaftsschule vor. Hier brachte auch Otto Herz seine Erfahrungen aus der Bielefelder Laborschule und von der damals im Westen ganz neuen Bewegung Community Education mit ein. Auch Otto Herz blieb der Nachbarschaftsschule ebenso wie der Stadt Leipzig bis in die Gegenwart eng verbunden.

Welche Leipziger Initiativen kamen an den Wochenendforen zu Wort? Einige Eltern schilderten erste positive Erfahrungen aus einer Initiative der 76. Oberschule durch Änderungen des Lehrplanes. Da wurden im Deutschunterricht neue, bis dahin im Osten verbotene Bücher wie die „Farm der Tiere“ von Orwell gelesen. Aus der Leipziger Christengemeinschaft kam eine starke Fraktion, die endlich eine Waldorfschule gründen wollte. Auch für die im Sommer 1990 gegründete Freie Schule Connewitz gab es Anregungen aus der Glockseeschule Hannover. Musikalische Früherziehung und Spielpädagogik in der Lehrerweiterbildung wurden von zwei Leipziger Kolleg*innen

vorgelegt. Neue Erziehungsmethoden, die von Dr. Hans-Joachim Maaz vorgetragen wurden, lösten lebhafte Debatten aus. Einige Referenten erklärten sich spontan für Weiterbildungskurse bereit. Raumangebote, Adressen und Terminvorschläge wurden durch den Saal gerufen. Die Zuhörer emanzipierten sich immer mehr zu Mitgestaltern. Nach jahrzehntelangen schlechten Erfahrungen mit einer „Schule des Staates“ ertönte der Wunsch nach einer „Schule der Bürger“ immer deutlicher. Leipzig war doch schon immer eine Bürgerstadt.

Noch einmal im April 1990 versammelte die Initiative Freie Pädagogik zu einem großen Forum in die Räume der Leipziger Universität. Die dort verabschiedete „Leipziger Erklärung zur Freiheit im Bildungswesen“¹ hatte auf jeden Fall eine nachhaltige Wirkung auch in die sächsische Landespolitik hinein. Am Bildungsartikel für die Verfassung des Freistaates Sachsen durfte ich im Herbst 1990 mitschreiben. Er atmet noch - so wie die ganze sächsische Verfassung - den Geist der Friedlichen Revolution.

Die Leuchtkraft dieses Bildungsartikels wurde in einem Verfassungsgerichtsurteil 2013 zugunsten der freien Schulträger erneut unter Beweis gestellt und veranlasste das Kultusministerium wenigstens - zum Nachdenken. Die sächsischen Schulgesetze sind dieser Leuchtkraft allerdings bisher immer noch nicht gewachsen.-

Gestern wurden die besten Ideen für eine Ausstellung ausgezeichnet, die Revolution und Demokratie in Leipziger Schulen an zwei historischen Schnittstellen 1918 und 1989 untersucht. Durch ein Förderprogramm der Staatskanzlei werden sowohl mein Buch zum Thema als auch die Ausstellung finanziert. Studierende der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät haben unter der Anleitung von Prof. Dr. Katrin Liebers damit ein neues Leuchtfeuer angezündet, das spätestens ab November 2020 in der Marschnerstraße 31 als neue Ausstellung auch öffentlich zugänglich werden soll und bis in andere Fakultäten, aber auch in die Schul- und Stadtgesellschaft hinein hoffentlich noch lange ausstrahlen wird.

¹ Elke Urban, Leipziger Schulen im Aufbruch zur Demokratie 1989, Beucha 2015, S. 33